

Die Gewerkschaftsopposition marschiert . . .

Bormarsch in der DMB-Generalversammlung in Dresden — Statt Verjährung der Wirtschaftskämpfe verstärkte Kommunistenhebe der SPD — Ausschaltung der Opposition aus der Detonierung — Die Fronten geklärt

sondern von der Verantwortung des gesamten Kabinetts, einschließlich der deutschnationalen Minister, getragen."

Deutschler kann man nicht mehr. Aber besser noch, als durch diese unzweideutige Zurückweisung des linken Schwindels wird die Einheitsfront aller Fraktionen des deutschen Imperialismus gekennzeichnet durch die Tatsache, daß zur imperialistischen Rede Herr Stresemann im Reichstag nicht etwa die Sozialdemokraten, sondern die Deutschnationalen als Oppositionelle aufgetreten sind, als Oppositionelle, die sehr gut wissen, daß Stresemann im Grunde mit allen seinen pazifistischen Redensarten am besten das Geschäft der deutschen Bourgeoisie belagert. Volk kommen mit Recht schreibt das Berliner Tageblatt: "Wer die beiden ersten Reden (die Rede Rudi Breitscheids und die Rede des Deutschnationalen Vooringhofen) anhört, ohne mit den Koalitionsverhältnissen vertraut zu sein, hätte glauben können, daß Breitscheid als Vertreter einer Regierungspartei, von Freitag-Vooringhofen als Vorkämpfer einer gemäßigten Opposition spricht." Er hätte nicht nur glauben können — es ist auch wirklich so, wie es zum Ausdruck kam. Die Deutschnationalen treten als „gemäßigter Opposition“ auf, weil Herr Stresemann in der DMB-Politik befürwortet, die wenigstens „zu einem kleinen Handelsvertrag“ mit Polen als Basis eines kommenden Ost-Vocarno führt. Denn, so behauptet er, die Schweinehälften vom Junkerlöhler der Deutschnationalen, die deutsche gewerbliche Wirtschaft (lies: das Truistkapital) habe ein starkes Interesse daran, den polnischen Markt nicht durch einen dauernden Zollkrieg zu verlieren". Darüber hinaus bedeutet diese Polenpolitik einen Schritt weiter in der antisozialistischen Orientierung, die Stresemann zwar nicht so sehr in Worten, aber um so mehr in der Sache, unterstrich, als er als Hauptzweck der neuen handelspolitischen Verhandlungen mit der Sowjetunion eine Offenbar der deutschen Bourgeoisie gegen den russischen Außenhandelsplan ankündigte.

In Worten war die Rede Stresemanns am schärfsten zugespitzt in der Räumungsfrage. Es ist schon bemerkenswert, wenn der Feld von Vocarno und Thoirn auspricht, „daß in dem (französischen) Ruf nach Sicherheit vor Deutschland ein Stück Heuchelei liegt, das nicht länger vor der öffentlichen Meinung der Welt ertragen werden kann". Dieser kräftigen Sprache, die der Festigung des deutschen Kapitalismus und augenblicklich gewissen englischen Versicherungen in dieser Frage entspricht, jubelt die ganze Imperialistenbande vom Vorwärts bis zur Kreuzzeitung begeistert zu. Nach dem Vorwärts z. B. ergab sich Stresemanns Rede hier „über das Niveau“ einer ordentlichen und vernünftigen Darstellung des Begebenen, hier, „wo der Minister über die Heuchelei sprach, die in der Sicherheitsfrage vielfach getrieben wird".

Bedingungslos, hündische Unterwerfung unter die imperialistische Politik der deutschen Bourgeoisie, das ist eben die außenpolitische Linie der pazifistischen völkerverfälschenden deutschen Sozialdemokratie. Diese Partei der „Bürgerblockopposition", die sich keine Gelegenheit vorbegehen, um sich als würdige Koalitionspartnerin der Truistkapitalregierung in Erinnerung zu bringen. Das muß man den sozialdemokratischen Arbeitern in aller Sachlichkeit, aber ganz eindringlich zum Verständnis bringen.

Freiheit für die Fememörder

garantiert die preussische Koalition

Berlin, 1. Febr. (Eig. Drahtbericht.)

Die Kampagne der deutschnationalen Presse für die sofortige Freilassung der sozialistischen Fememörder wird eifrig fortgesetzt, und die preussische SPD-Koalitionsregierung ist bereit, nicht nur die Fememörder von der Todesstrafe zu befreien, sondern auch wahrscheinlich ihre baldige Freilassung zu versichern. Der Vorwärts ist „sehr besorgt", daß dadurch der Charakter der preussischen SPD-Koalitionspolitik entsetzt wird und schreibt deshalb folgendes: „Seit Tagen sind Kräfte am Werk, um das preussische Justizministerium zur Nachgiebigkeit breitzuschlagen. Kräfte logar, die bisher jede Beziehung zu den Nordgezeiten amtlich abgelehnt haben." (!!) Der Vorwärts nennt natürlich nicht die Namen derer, weil diese im Reichswehrministerium, im Reichsjustizministerium und nicht zuletzt im Bureau Hindenburgs zu finden sind.

Symptomatisch für die baldige Entlassung der Fememörder ist folgende Meldung, daß die Staatsanwaltschaft des Landgerichts Frankfurt a. O. über den Fall des gegen den Holzhauer Paul Schmeller (Vater) aufgehoben hat, weil nach ihrer Ansicht ein direkter Mordverdacht nicht mehr besteht. Paul Schmeller wurde bekanntlich wegen Anstiftung seines Sohnes, des Stahlhelmsmannen August Schmeller, zu dem Verbrechen der Mord an den beiden Reichsbannerführern zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Bankrott der Locarnopolitik

Beratungen des Kabinetts im Reichstag

„Die Arbeiten“ des Reichstages dieser Woche wurden am Montag mit der Beratung des Kabinetts der Bürgerblockregierung begonnen. Stresemann las, ohgleich er selbst zu den wenigen guten Rednern dieses Reichstages gehört, keine Rede zur Außenpolitik Wort für Wort vom Blatt. Es galt, vorsichtig die Phrasen abzuwiegen, mit denen man den Bankrott der Locarnopolitik einleiten mußte. Aus der Not eine Tugend machend, betonte er die Notwendigkeit der Schaffung eines „Lüdenlosen Reges von Schiedsgerichtvertretern". Ein Verbot auf die Außenhandelspolitik der deutschen Truistbourgeoisie wird auf Kommando des Industriellenverbandes mit einer Klage über das Nichterfüllen der Erwartungen beim deutsch-russischen Handelsvertrag verbunden. Er betont die Arbeit Deutschlands an der Beilegung der Spannungen zwischen Polen und Litauen und bringt die alte Phrase, die jede deutsche Regierung im Munde geführt hat: „Wir wollen mit den Nachbarn in Osten und Westen friedliche Beziehungen aufrechterhalten. Der Hauptteil der Rede wird von der Auseinandersetzung mit Frankreich gebildet. Dabei kommt der völlige Bankrott der Locarnopolitik und die Einstands-Orientierung Deutschlands besonders stark zum Ausdruck. Nach einer pessimistischen Stellungnahme zu der Frage der fortwährenden Beziehung großer Teile des Reiches schließt er plötzlich mit der abgedroschenen Redensart von der Notwendigkeit einer Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland. Die Rede Breitscheids als offiziellem sozialdemokratischen Vertreter wird mit der Klage über das selbständige Vorgehen des auswärtigen Amtes eingeleitet. Grundtätlich aber, erklärt er, sei die Sozialdemokratie mit der Führung der auswärtigen Politik einverstanden. Ebenso drückt sich seine Auffassung in der Frage der Rheinlandbesetzung mit der des Bürgerblockministers Stresemann. Der Deutschnationalen Freitag-Vooringhofen fordert ein Zusammengehen mit Italien und Spanien gegenüber einem evtl. Bündnis zwischen Frankreich und Rußland.

Bestimmungen zum Justizgesetz werden am Schluß dieser Sitzung für die nach nicht erledigter Anträge vorangetragen. Ein kommunistischer Antrag, der die Streichung des Gehalts des Justizministers verlangt, wird gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt.

Die heutige Generalversammlung des DMB Dresden tagte unter dem Zeichen erbitterter Wirtschaftskämpfe. Die Opposition stellte durch ihre Redner diese Frage mit aller Klarheit in den Mittelpunkt der Diskussion. Sie wies darauf hin, daß die geschlossene Front der Stahlkönige gegen die Hüttenarbeiter ein Vorzeichen für den kommenden Metallarbeiterkampf in Sachsen ist. Von dem Bestreben ausgehend, die Front der Metallarbeiter im Innern zu kräftigen und nach außen schlagkräftig werden zu lassen, kritisierte die Opposition mit aller Entschiedenheit die Handlungen der reformistischen Verbandsbürokratie. Die Opposition bewies das Verlangen der Verbandslitung, das auf das Bestreben der Führer zurückzuführen ist, entgegen den Interessen der Arbeiter im Sinne des Wirtschaftstreibens, d. h. der Arbeitgemeinschaftspolitik zu handeln.

Diese sachliche Aussprache der Opposition beantworteten die Beschlusfühler Händel und Jöller mit einer infamen Kommantentendenz, durch die sie sich von der Aufgabe der Vorbereitung des sächsischen Metallarbeiterkampfes absetzen zu können. Diese Hehe war bereits durch Fraktionarbeit vorbereitet und lag gedruckt im Geschäftsbericht der Verbandslitung vor, der erst in letzter Minute den Kollegen ausgeschrieben wurde. Nachdem zahlreiche Unwahrheiten und Verdrehungen als Tatsachen hingestellt wurden und ein oppositioneller Kollege Ausführungen gemacht hatte, die ihm durch Juris bereits im Munde entgegenschlugen, kam prompt der Debatte Antrag der SPD-Fraktion, um einem weiteren gemeinsamen Oppositionsstreben, einem früheren Ortsverwaltungsmitglied, das Wort zur Richtigerklärung zu erteilen. Beim Schlußantrag durfte sein Wort dagegen gesprochen werden. Jede Geschäftsordnungsdebatte wurde unterbunden. Zur Ortsverwaltungsabwahl besag die SPD die breite Fraktionsstellung. Sie verhinderte die Abstimmung über einen Antrag, die Abstimmung nach der Verhältniswahl vorzunehmen. Sie forderte den Ausschluß aller oppositionellen Kollegen aus der Ortsverwaltung. Kurz gesagt, die Karte in aller Feindschaft die Fronten — die SPD — da revolutionäre Opposition im DMB.

Tobwohl, daß die SPD ihr Vorkammissariat in der Generalversammlung zurückzuführen auszunutzen konnte und sie in unerwarteter Weise bereits vor derselben fraktionell die unerhöchlichen Kräfte in den Betrieben verbreitete, gelang es ihr, die Mehrheit für ihre Fraktionsliste zu gewinnen. Dennoch konnte die Opposition im Vergleich zu den Stimmen im Vorjahre (149) um einem Bormarsch sprechen, wenn in dieser Vertreterversammlung diesmal 164 bis 174 Stimmen auf die oppositionellen Kandidaten entfielen. Der Erfolg des Ergebnisses der Generalversammlung, über das die SPD auf Grund des jahrelangen Bestehens ein Triumphgeheul anstimmte, steht tatsächlich auf sehr schwachen Füßen. Die Opposition hat durch sachliche, scharfe Kritik durchaus bewiesen, daß sie vertritt, wirklich revolutionäre Gewerkschaftspolitik zu treiben. Die gegenwärtigen Kämpfe gegen die Opposition recht und werden der Opposition in Zukunft den Erfolg sichern. Die SPD hat einen Vorstoß zu vermeiden, die Opposition einen langsamen, aber sicheren Bormarsch.

Das Ergebnis der Detonierungswahl

für die Opposition: Aris Schreier als Beschlusfühler 171 gegen 116 Stimmen im Vorjahre. Kohde als Sekretär 162 Stimmen; als Revisor erhielten die Genossen Vermissau 164, Wöhde 171, Wend 168, Kiesel 171, Schaal 168 und Jeller 168 Stimmen. Die Parteimitgliedszahl der SPD-DMB betrug 650 Stimmen.

Reichs Wahl in Berlin

Berlin, 1. Febr. (Eig. Drahtbericht.)

In einer Versammlung der Stadthalle, zu der die Alte Sozialdemokratische Partei eingeladen hatte, sollte Ernst Kiesel, Dresden, sprechen. Kiesel, der Redakteur des Volksworts, ist auf eine enge mit den Redaktionen verknüpft und vertritt offen nationalsozialistische Politik. Er wurde in der gestrigen Versammlung mit hitzerühmten Plaudereien empfangen. Es kam zu scharfen Kundgebungen gegen ihn, wobei sich zahlreiche Reichsbannerarbeiter und die Reichsbannerkapelle an dem Protest beteiligten. Die Arbeitermassen klinkten in der Versammlung die Internationalen an. Obwohl die Polizei die sozialdemokratischen Parteipräsidenten fürchtete mehrere Verhaftungen in der Versammlung vornahm, konnte der Sozialist Kiesel über 1 1/2 Stunden lang nicht sprechen. Sein Referat, dem er keine Diskussion folgen zu lassen wollte, ging dann unter den heftigen Protestrufen fast unter.

Die Deutschnationalen in Räten

Mit Sorgen denken die Deutschnationalen an die Reichstagswahlen. Weniger deshalb, weil sie durch die Wahlen eine Verminderung ihrer Klassenprivilegien zu befürchten hätten, als vielmehr wegen der Konkurrenz der Splitterparteien. Die Kleinbürgerlichen Wähler haben sich bekanntlich in großen Massen von der deutschnationalen Führung losgelöst. Sie versuchen ihr

Wiederwahl kommunist. Gewerkschaftsleitungen

Die Generalversammlung des Ortsausschusses Torgau wählte einstimmig den alten Vorstand (Opposition) wieder. Die Jahresversammlung der Bergarbeiter des Erzgebirges wählte die aus SPD-Genossen bestehende Ortsverwaltung wieder. Die Generalversammlung der Holzarbeiter in Halle wählte die aus 6 Kommunisten, 1 Sozialdemokraten und 1 Parteilozen bestehende Ortsverwaltung wieder.

Von einem großen Erfolg der Opposition im DMB wird aus dem Saargebiet berichtet. In insgesamt 16 Wahlkreisen des DMB wurde die Funktion des Jugendbormannes von Oppositionellen besetzt. Im Vorjahre hatte die Opposition nur in 7 Wahlkreisen die Funktionen des Jugendbormannes in den Händen.

Weiter wird uns gemeldet: Bei der Wahl des Jugendvorstandes der Bekleidungsarbeiterjugend in Stuttgart erhielt die Opposition den ersten und den zweiten Platz. In Frankfurt wurde in der Leitung der Metallarbeiterjugend ebenfalls in oppositioneller Jugendkollektive gewählt.

Kommunisten festigen die Gewerkschaft

Aus Hettstädt wird gemeldet: Nach der Entfernung des bisherigen Abteilungsleiters vom DMB Hettstädt, der durch seine reformistische Politik das Vertrauen der Arbeiter zur Organisation schwer erschüttert hatte, von seinem Posten, war es dem organisierten Kollegen möglich, in 14 Tagen allein im Hettstädt etwa 340 Neuaufnahmen für den DMB zu machen.

Arbeiterantwort auf reformistische Kommunistenhebe

Das Echo in Hallenser Großbetrieben

Die Kollegen der Firma Breitkopf in Halle beurteilen in einer Resolution aus höchster die diametrale Hehe des Bezirksleiters Köhler gegen die Unterhaltungsaktion der DMB. Die Resolution ist der Ansicht, daß Köhler in dem nur schon 14 Tage währenden Komitee andere Aufgaben zu erfüllen hätte, als gegen die Organisationen, die aus wirklichem Interesse den Kampf der Metallarbeiter bis zum siegreichen Ende zu führen gewillt sind, zu heizen. Die Resolution hebt zum Beispiel eine solche Aufgabe darin, daß als Antwort auf die Ausprägung der Unternehmener der Streik auf sämtliche Metallarbeiter in Mitteldeutschland ausgedehnt wird. Wir fordern den Bezirksleiter Köhler auf, das Verbot nachzugeben, um dadurch die Gewähr zu haben, daß der Kampf der Metallarbeiter schnell siegreich zu Ende geführt wird.

Das Sammelergebnis für die ausgeperrten Metallarbeiter beträgt bisher 4192,67 RM.

Ausdehnung des Streiks in Anhalt

Deßau. Die Gesamtzahl der Streikenden im Gebiet von Anhalt dürfte nunmehr rund 10 000 betragen, nachdem am Montag die Junkers-Werke in Deßau vollkommen stillgelegt worden sind.

politisches Ziel zunächst mit selbständigen Parteien. Die Zerplitterung der bürgerlichen Parteien in Sachsen, die Schwierigkeiten, die der jüdische Bürgerblock mit den verschiedenen Parteiengruppen hat, erfüllen die Deutschnationalen mit enthusiastischer Begeisterung um die Erhaltung der Bürgerblockregierung. Der Sachliche Volksbote, das deutschnationalen Nachrichtenblatt für Sachsen, ließ deshalb in seiner Ausgabe vom 22. Januar den schwarz-rot-rotten Vereinigungen schuldig die Reden. Das deutschnationalen Blatt schreibt:

„Die nationalen Kreise unseres Volkes sind von jeher wenig geneigt, Barrieren zu beachten. Sie berufen sich auf nationalen Tugenden und Reizen und glauben, daß damit Deutschland geehrt werden kann. Von einem aktiven Eintreten und Arbeiten für die eigenen Ideale ist, von weinigen Ausnahmen abgesehen, herzlich wenig zu hören. Statt dessen ist man seit Jahren eifrig bemüht, sich selbst um den Erfolg zu bringen. Statt das große Ganze im Auge zu behalten, der nach riesigen Anstrengungen erreichten Anteil an der Macht im Staate auszubauen, löst man sich in Sondergruppen auf. Mit einer teilweise geradezu unverständlichen Geschäftigkeit wird von verschiedenen Berufsgruppen, aus mehr oder minder berechtigter Entschlossenheit über das bisher Erreichte, zur Zerstückelung der nationalen Front und zur Bildung neuer, meist berufständiger Parteien aufgefordert.“

Die Deutschnationalen haben mit ihrem Gut-zu-Reben jedoch kein Glück. Sowohl die Aufwertungsgruppe wie auch die Sozialisten in der USF haben für die Reichstagswahlen eigene Listen angekündigt. Die Deutschnationalen warnen deshalb davon, daß im Reichstag eine ähnliche Entwicklung einlegen könnte, wie in Sachsen:

„Und in Sachsen? 30 Abgeordnete von 48 bürgerlichen Fraktionen die deutschnationalen Fraktion zählen, wenn die Sondergruppen (Wirtschaftspartei, Aufwertler und Nationalsozialisten) in der Partei ausgeschlossen hätten! Dann wäre uns das monatelange, unerträgliche Spiel um die Regierung in Sachsen erspart geblieben, sie würde dann einbeittlicher und arbeitssfähiger sein, als sie es heute aus sechs Gruppen zusammengeleitet ist.“

Es ist kein Zweifel, daß in den bevorstehenden Reichstagswahlkämpfen die Umgruppierung innerhalb der Bourgeoisie noch deutlicher wie in den vorhergegangenen Wahlen zum Ausdruck kommen wird. Die Position der Kleinbürgerlichen Schichten von der Truistbourgeoisie ist ein unaufhaltbarer Prozeß. Es kommt alles darauf an, daß die Arbeiterklasse versteht, diese Entwicklung in ihrem Sinne zu beeinflussen und das Bündnis mit dem Kleinbürgertum unter der Führung der Arbeiterklasse herzustellen.

Waffenstreik in Barcelona

Nach Nachrichten von der spanischen Grenze ist in Barcelona ein großer Streik ausgebrochen, an dem sich hauptsächlich die gesamte Arbeiterklasse der Weberei und Spinnerei beteiligt. Von der Regierung wurden Truppen, Artillerie und Kavallerie, gegen die Streikenden zusammengezogen.

Die Nordbande in Kanton

Innerer neue Arbeiterworte

Woskan, den 30. Januar 1928

Paul einer Meldung aus Schanghai wurden am 28. Januar in Kanton 27 Kommunisten erschossen.

Verhaftungen und Hinrichtungen

Schanghai, den 30. Januar 1928

In Kanton finden weitere Massenverhaftungen und Händelungen von Arbeiterwohnungen und Arbeiterorganisationen statt. Anlässlich der Hausdurchsuchung des Räume der Glasarbeitergewerkschaft wurden 114 Gewerkschaftsmitglieder verhaftet. 11 früher verhaftete Arbeiter wurden wegen „kommunistischer Tätigkeit“ hingerichtet.